



OLIVER ULLOTH

WK Kassel-Land I



FLORIAN SCHNEIDER

WK Kassel-Land II

Kassel, 2. Juni 2023 | Ausgabe 6

Unsere Arbeit im Hessischen Landtag und im Landkreis Kassel

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem letzten Newsletter im März ist viel passiert! Vergangene Woche fand beispielsweise die Maisitzung des Hessischen Landtags statt. In der Sitzung ging es unter anderem um das Abwasserabgabengesetz. Auch die Verkehrssituation in und um Kassel hat sich gravierend verändert - Genaueres dazu, zu unserer Arbeit im Landkreis Kassel und im Hessischen Landtag in Wiesbaden findet Ihr, wie gewohnt, hier im aktuellen Newsletter.

Abwasserabgabengesetz

Statt sich an der Wirklichkeit zu orientieren, agiert die Landesregierung aus CDU und Grünen realitätsfremd

Schneider: Der Hessische Landtag hat am 24. Mai 2023 in zweiter Lesung das Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz debattiert. Ich als wasserwirtschaftlicher Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zeigte auf, wie realitätsfremd die Landesregierung aus CDU und Grünen agiert und vor welchen großen Herausforderungen die abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen stehen.

„Die Landesregierung aus CDU und Grünen sollte lieber auf eine sozial gerechte Lösung abzielen, als sich Bundesminister Habecks radikale Vorstöße zum Gebäudeenergiegesetz zum Vorbild zu nehmen. Überschneidungen und vor allem lebensfremder Klima- und Naturschutz geht vor allem zu Lasten der hessischen Bürgerinnen und Bürger.“

Florian Schneider

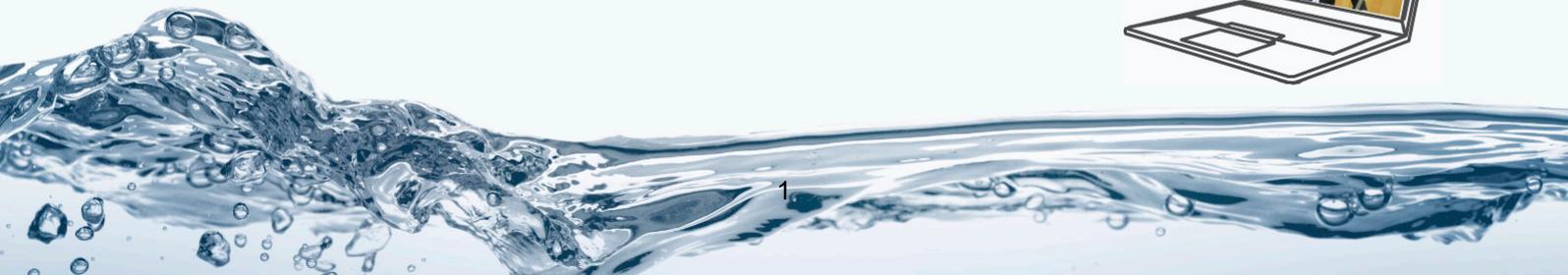
„Von jetzt auf gleich kommen auf die abwasserbeseitigungsverpflichteten Kommunen hohe Bau- und Betriebskosten im Zusammenhang mit der Einleitung von Niederschlagswasser aus der Trennkantation zu, da neue Niederschlagswasserbehandlungsanlagen oder Sedimentationsanlagen zwingend erforderlich sind. Das ist ohnehin nicht einmal baulich umzusetzen.“

Florian Schneider

Das Einreichen neuer Einleitträge stellt ebenfalls einen kaum zu bewältigenden Mehraufwand dar, sowie Investitionen in hohen 2-stelligen Millionenbereichen. Das würde bei vereinzelt Wasserbetrieben dazu führen, dass die Abwassergebühren auf einen Schlag exorbitant erhöht werden müssten.

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Änderungsantrag kann Abhilfe schaffen. Der sogenannte Bestandschutz trägt dazu bei, dass historisch gewachsene Einleitstellen sukzessive den neuen Regularien gerecht werden. Die Landesregierung könnte so langfristige Rechtssicherheit schaffen. Möchte sie aber nicht. Mit dem Änderungsantrag könnte man ein Handlungsinstrument installieren, das jederzeit bei einer zu hohen Sedimentbelastung eingreift. Zusätzlich wären Investitionskosten human verteilt und vertäglich umgelegt. Die Landesregierung könnte sich an der Wirklichkeit vor Ort orientieren, sie agiert aber lieber realitätsfremd.

[Hier geht's zur Rede:](#)



Hugenotten und Waldenserpfad e.V.

5.000 Euro für das Projekt „In fremder Erde Wurzeln schlagen“

Ulloth: Aus Sondermitteln für das Haushaltsjahr 2023 wurde dem Hugenotten- und Waldenserpfad e.V. jetzt vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst eine Zuwendung in Höhe von 5.000 Euro bewilligt.

Aufgrund der großen Bedeutung der Hugenotten und Waldenser für das kulturelle Leben in Nordhessen hatte ich mich persönlich bei Staatsministerin Dorn-Rancke für eine finanzielle Unterstützung des aktuellen Projekts „In fremder Erde Wurzeln schlagen – Menschen und Pflanzen im Exil“ eingesetzt. Es handelt sich um eine Wanderausstellung, deren Konzeption der Hugenotten- und Waldenserpfad e.V. gemeinsam mit europäischen Partnern erarbeitet hat. Ein Thema für die deutsche Route ist die Alltagskultur in Haus, Küche, Garten und Landwirtschaft, die die Glaubensflüchtlinge mitbrachten und in deutsche Kulturen einfließen ließen. Im Blickfeld stehen dabei bedeutende Erfindungen der Migranten in Bereichen des täglichen Lebens und ihre allmähliche Übernahme in den hiesigen Alltag. Auch die gegenwärtige Migrationsthematik wird angesprochen.

Startpunkt der Wanderausstellung ist Bad Karlshafen, danach wird sie in den Hugenotten- und Waldenserorten im Landkreis Kassel zu sehen sein. Zielgruppen sind insbesondere auch Familien, Kinder und Jugendgruppen. Deshalb wurden die Grimm'schen Märchen französischen Ursprungs mit in die Ausstellung eingebunden.

„Allein die Kosten für Produktion, Druck und Montage der verschiedenen, sehr vielseitigen Ausstellungselemente für die deutsche Route belaufen sich auf mehr als 15.000 Euro. Ich freue mich, dass meine Bitte an die Ministerin zu einem sehr positiven Bescheid geführt hat. Ohne diese Mittel wäre die Ausrichtung der Wanderausstellung nicht im vorgesehenen Rahmen möglich gewesen.“

Oliver Ulloth



Bild: Bad Karlshafen - Rathaus und Touristinfo - Hugenotten- und Waldenserpfad e.V.

Zu Besuch in Zierenberg mit Nancy Faeser

Internationaler Tag der Feuerwehr

Ulloth: Am 4. Mai, dem internationalen Tag der Feuerwehrleute war Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu Gast in Zierenberg! Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Timon Gremmels und Bürgermeister Rüdiger Germeroth waren wir zunächst bei der Firma Brandschutztechnik Müller, ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen in der Region. Mit Geschäftsführerin Nadine Müller und ihrem Vater Herbert haben wir über die aktuellen Herausforderungen eines mittelständischen Unternehmens ausgetauscht und den Betrieb besichtigt.

Anschließend haben wir die Freiwillige Feuerwehr Zierenberg besucht und mehr über die vielfältige ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehrkameradinnen und Kameraden erfahren. Es ist immer wieder schön zu sehen, wie viel Herzblut hier im Ehrenamt steckt! Die Kameradinnen und Kameraden rücken nicht nur in der Not aus, um uns zu retten. Sie bereiten sich beispielsweise an zahlreichen Übungen und Lehrgängen für den Fall der Fälle vor und kümmern sich zudem in

der Kinder- und Jugendfeuerwehr um die Nachwuchskräfte. In einer einzigen Feuerwache stecken jährlich mehrere tausend Stunden ehrenamtlicher Einsatz für das Gemeinwohl. Und davon gibt es allein in Hessen rund 2.600 in unseren Städten und Gemeinden.

Wir danken allen ehrenamtlichen Feuerwehrleuten am Florianstag für ihr besonderes Engagement für die Gesellschaft.



Bild: Peter Jülich

Autobahnsanierung im Großraum Kassel:

Verfehlte Verkehrspolitik lässt Anwohnerinnen und Anwohner leiden

Kalveram/ Schneider: Aufgrund der aktuellen Einbahnstraßenregelung auf den Autobahnen A44 und A49 und der daraus resultierenden Lärmbelastung sowie katastrophalen Verkehrssituation in und um Kassel leiden Anwohnerinnen und Anwohner. Der derzeitige Umfang der Sanierungsmaßnahmen hätte jedoch durch eine vorausschauende Planung in der Vergangenheit verhindert werden können.

Wir ziehen eine erste Bilanz.

„Die von uns prognostizierten und von der Autobahn GmbH heruntergeredeteten Staubbildungen auf den Ausweichstrecken in und um Kassel belasten nicht nur Anwohnerinnen und Anwohner, sondern Berufspendler und ÖPNV-Nutzer zugleich. Dieser Zustand kann nicht für 2 Jahre hingenommen werden. Bereits vor Beginn hatten wir die Einbahnstraßenregelung als realitätsfremd eingeschätzt, wir mussten leider Recht behalten.“

Esther Kalveram und Florian Schneider

Bereits nach zwei Wochen zeichnet sich ab, dass entlang der A49 trotz der Dreispurigkeit Staubbildungen unvermeidlich sind. Peinlich ist umso mehr, dass eine „Baustelle in der Baustelle“ eingerichtet werden muss, um die Südtangente zu entlasten.

„Die anliegende Bevölkerung entlang der A49 und der A7 ist durch die aktuelle Verkehrsführung einer erheblichen Mehrbelastung durch Abgase und Rückstaus ausgesetzt.“

Esther Kalveram

Der Lärmschutz ist jedoch nicht nur entlang der A49 ein schwerwiegendes Problem. Wir sehen die gesamte Verkehrssituation entlang der A7 und A44, insbesondere die exzessive Mehrbelastung der sanierungsbedürftigen Bergshäuser Brücke kritisch.

„Die Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h ist nicht schön, aber erforderlich. Meinem Vorschlag, Geschwindigkeitskontrollen auf der Bergshäuser Brücke einzurichten, ist die Landesregierung nun nachgekommen. Die Autobahnpolizei führt seit März mobile und unregelmäßige Kontrollen durch. Das ist erfreulich.“

Florian Schneider

Bereits jetzt lassen sich viele Verstöße feststellen. Um den Anwohnerinnen und Anwohnern Rechnung zu tragen und die Brücke zumindest geringfügig zu schonen, kann eine dauerhafte Geschwindigkeitsüberwachung, wie sie früher einmal vorhanden war, Abhilfe schaffen. Gemäß des Regierungspräsidiums Kassel ist die Talbrücke bei der Gemeinde Fuldabrück als Lärmkonfliktpunkt klassifiziert, jedoch kommt eine stationäre Messanlage nach Aussage des Hessischen Ministeriums des Innern und Sport erst nach einer 14-tägigen Verkehrszählung in Betracht. Hier muss schnellstmöglich gehandelt werden. Bereits seit Jahren ist bekannt, dass die Bergshäuser Brücke in ihrer Bausubstanz stark beeinträchtigt ist. Es kann nicht sein, dass die Anwohnerinnen und Anwohner nun die Leidtragenden der schlechten Vorausplanung des hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir und in Summe der Landesregierung werden.

Wir sehen den Verbleib der Bergshäuser Brücke darüber hinaus äußerst kritisch.

„Es ist fraglich, ob die Brücke angesichts der exorbitant gestiegenen Nutzung durch die Einbahnstraßenregelung noch die nächsten zwei Jahre, geschweige denn bis zur möglichen Fertigstellung der neuen Brücke 2028 befahrbar bleiben wird. Sollte die Brücke vorzeitig gesperrt werden müssen, hätte dies weitreichende Konsequenzen für die ohnehin schon am Limit laufende Verkehrsführung in und um Kassel. Es ist dringend notwendig, dass die Autobahn GmbH Alternativlösungen vorbereitet und Alternativrouten findet, die im Falle eines Versagens der Brücke zu keinem Kollaps des Verkehrs in Kassel und den umliegenden Kommunen führt. Bereits jetzt ist die Verkehrssituation mit der Einbahnstraßenregelung unzumutbar.“

Esther Kalveram und Florian Schneider

Sanierungsmaßnahmen, wie die der Bergshäuser Brücke waren hinlänglich bekannt, trotzdem wurde das Problem von Seiten der Hessischen Landesregierung und in Persona des Hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir billigend ausgesessen und an die Autobahn GmbH übergeben.

„Der Kollaps hätte verhindert werden können“

Esther Kalveram und Florian Schneider



Auszüge aus dem Plenum Aktuell - Ausgabe 4/2023



Bild: Hessischer Landtag - Das Plenargebäude am Eingang aus der Grabenstraße - Foto: H. Heibel

Städte und Gemeinden ordentlich ausstatten

Der Hessische Landtag hat sich mit Hessens Förderlandschaft für Stadtentwicklungsmaßnahmen beschäftigt. „Die hessischen Kommunen liegen bei der Gesamtverschuldung auf dem vierten Platz unter den Bundesländern, bei den Investitionskrediten liegt Hessen mit durchschnittlich circa 2049,- Euro pro Kopf sogar an der Spitze. Unsere Kommunen sind gerade bei dringend notwendigen Investitionen eher handlungsunfähig“, sagte Knut John in der Debatte. Die Absicht der Landesregierung sei allerdings sehr klar: „Die Förderbescheidpolitik dient allein der PR-Maschinerie. Förderprogramme müssen mit hohem bürokratischem Aufwand durch die Kommunen beantragt werden und binden so Arbeitskraft. Kommunale Mitarbeitende bewältigen das Arbeitspensum nur noch mit einem immensen Überstundenaufwand.“ Dabei beziehe sich der Großteil der Förderungen auf Studien oder Konzepte, die weder ergebnisorientiert, durchführbar, noch finanzierbar seien. „Der ländliche Raum braucht Behörden und Bildungseinrichtungen, oder gar ein Ministerium. Das würde den ländlichen Raum beleben, Einwohner anziehen und Geld in die kommunalen Kassen spülen“, so John.

Land muss Verantwortung übernehmen

„Statt den Kommunen eine auskömmliche Finanzierung zu lassen, muss für alles Anträge gestellt und Ressourcen bereitgestellt werden“, sagte die SPD-Abgeordnete Gisela Stang in ihrer ersten Rede im hessischen Parlament. Das sogenannte Kinderförderungsgesetz sei ein klassisches Beispiel dafür, wie das Land mit seinen Kommunen umgehe: „Standards setzen und dann nicht auskömmlich finanzieren.“ Damit sei die Qualität der Kinderbetreuung abhängig von der Kassenlage der jeweiligen Kommune. „So erfüllen wir nicht den grundgesetzlichen Anspruch an gleichwertige Lebensverhältnisse“, sagte Stang. Die Landesregierung müsse ein echtes Bewusstsein für Verantwortung entwickeln und sich zur Wichtigkeit von frühkindlicher Erziehung bekennen. „Das Land muss endlich eine echte Verantwortung bei den Betriebskosten übernehmen – und zwar richtig“, forderte Stang.

Hessen kann mehr

Auf Antrag der SPD hat der Hessische Landtag über eine Arbeitswelt der Zukunft debattiert.

„Wie wichtig solidarisches und geeintes Handeln ist, haben uns die vergangenen Jahre deutlich vor Augen geführt. Hessen kann man mehr als das, was wir von Schwarzgrün geboten bekommen. Hessen braucht eine Strategie, wie die Veränderungen auf dem Weg in die Arbeitswelt von morgen politisch begleitet und gestaltet werden können. Eine Arbeitswelt, die für jede und jeden gerecht, die solidarisch und sicher ist, kann es nur als Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Verständigung geben. Solch einen Prozess zu organisieren, zu strukturieren und zu moderieren, nennt man Politik – und das ist leider genau das, was die Landesregierung verweigert“

Lisa Gnadel, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Es sei die Aufgabe einer verantwortungs- und problembewussten Landesregierung, Sicherheit zu geben und Vertrauen zu schaffen. Dazu gehöre aus sozialdemokratischer Sicht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umbruch zu unterstützen, ihre Interessen im Blick zu behalten und ihre Rechte zu schützen und zu stärken. Das Kernstück unserer Politik für die Arbeitswelt von morgen ist ein hessischer Transformationsfonds. Nur so kann der Wandel verträglich gestaltet werden. Wir haben dazu eine Reihe von zielführenden Maßnahmen zusammengetragen. Damit machen wir deutlich: Die SPD gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort, wie gute Arbeit gestaltet werden kann – mit guten Ausbildungsbedingungen, einer wirksamen Mitbestimmung und gerechten Tarifverträgen. Darauf kommt es an – jetzt und in der Zukunft.

Wir bei Social Media

Zu Besuch auf dem Kreisseniorennachmittag

Schneider: Am 22. Mai 2023 war ich auf dem Sensenstein bei dem Kreisseniorennachmittag. Nicht nur schnuddeln, sondern direkt mit angepackt: Unsere Älteren des Landkreises habe ich gerne mit Getränken versorgt und dabei viele tolle Gespräche geführt. Sei es über die aktuelle politische Lage oder die vergangenen Erlebnisse.

Bei Kaffee und Kuchen, Bratwurst und Kaltgetränken zu sehen, wie viele der Einladung des Landkreises und den Kommunen gefolgt sind, ist klasse. Mit tatkräftiger Unterstützung von VdK, AWO, Rotem Kreuz und vielen weiteren, haben unsere Seniorinnen und Senioren diesen Nachmittag genießen dürfen. [Mehr lesen...](#)



v.l.n.r. Florian Schneider mit Oliver Ulloth beim Getränkeverteilen

Petition Blindenpfad in der Hessenschau

Ulloth: Nicht alle können dieses Reel auf Instagram sehen, so wie Per Busch. Herr Busch ist blind und wandert gerne entlang des Blindenpfades im Habichtswald. Als dieser abgebaut werden sollte, setzte Herr Busch sich mit einer Petition für dessen Erhalt ein.

Vielen Dank an den Hessischen Rundfunk für den schönen Bericht in der Hessenschau und im Radio für ein wichtiges Element der Demokratie in Hessen - das Petitionsrecht.

[Mehr lesen...](#)

„Welcome to Wisconsin, USA“

Schneider: So begrüßte mich der Gouverneur Tony Evers auf einer Delegationsreise Anfang Mai zusammen mit Landtagskollegen und der hessischen Digitalministerin.

Überparteilich haben wir uns auf die Reise nach Übersee begeben, um von anderen zu lernen und einen Eindruck zu gewinnen, wie Digitalisierung im ländlichen Raum aussehen könnte. An 4 Tagen standen insgesamt 12 Termine an: So u.a. der Austausch mit dem demokratischen Gouverneur Tony Evers, einigen Senatoren und Repräsentanten von Wisconsin.

[Mehr lesen...](#)



V.l.n.r. Florian Schneider, MdL, Humboldtstraße 5a 34117 Kassel, f.schneider2@lg.hessen.de



florian-schneider.org

[@floschneider.spd](https://www.instagram.com/floschneider.spd)

[@floschneider.spd](https://www.facebook.com/floschneider.spd)



oliver-ulloth.de

[@oliverulloth](https://www.instagram.com/oliverulloth)

[@oliverulloth](https://www.facebook.com/oliverulloth)